

wickelt, um die verschiedenen, materiellen wie immateriellen Aspekte menschlicher Entwicklung messen zu können. Die eingeschränkte Aussagekraft schlichter Einkommensstatistiken sollte so erweitert werden. So entwickelten die vom UNDP beauftragten Experten etwa einen geschlechtsbezogenen Entwicklungsindex, eingeführt mit dem Entwicklungsbericht des Jahres 1995, oder einen Index zur Messung menschlicher Armut. Dieser erst 1997 eingeführte Index ermöglichte wiederum Aussagen über die Armutssituation in den einzelnen Entwicklungsländern, ohne sich nur auf Einkommensarmut zu beschränken. Markenzeichen des UNDP-Berichtes aber bleibt der zentrale sogenannte „HDI“ (Human Development Index): Zu gleichen Teilen zusammengesetzt aus den Einzelindikatoren Lebenserwartung, Bildungsstand (Alphabetisierungsquote) und Pro-Kopf-Einkommen. Mit der Schaffung des HDI sollten

Länder nicht mehr allein nach ihrem *ökonomischen* Entwicklungsstand bewertet werden, gemessen am Brutto-Sozialprodukt. Auch die sozialen Aspekte des menschlichen Leben konnten so in die Bewertung und Beschreibung des Entwicklungsstandes und der Entwicklungsfortschritte einfließen. Die mit diesem HDI erstellte Länderrangliste des aktuellen Berichts wird von Kanada angeführt, gefolgt von Norwegen, den USA, Japan und Belgien. Deutschland liegt auf Platz vierzehn. Die Mehrheit der unterentwickelten Ländern liegt in Afrika. Ganz am Ende der Rangliste stehen Burkina Faso, Äthiopien und Niger; das Schlußlicht hält Sierra Leone.

Nicht zuletzt haben diese Länderlisten und manche Vergleiche sowie die Konzentration der Berichte auf die Unterschiede und Ungleichheiten zwischen Arm und Reich auch bei jährlich wechselndem Themenschwerpunkten

immer auch zu deutlicher Kritik an dessen Methodik und seinen Ergebnissen geführt.

Im Rückblick auf die zehnjährige Geschichte des Berichtes, der so oder so in jedem Fall immer der entwicklungspolitischen Debatte wichtige Impulse gab, resümiert der Münchner Volkswirtschaftler *Stephan Klasen*: Mit der Betonung der immensen und vielfachen Unterschiede zwischen den armen und reichen Ländern hätten die UNDP-Berichte uns „mit Erfolg daran erinnert, daß mit der fortschreitenden Globalisierung auch eine neue globale Verantwortung und Solidarität von uns gefordert wird.“ (Süddeutsche Zeitung, 6.9.99) In diesem Sinne ist es eben doch relevant, daß das Verhältnis der Einkommen der reichsten 20 Prozent der Bürger dieses Planeten zu dem der ärmsten 20 Prozent von 30 zu 1 Anfang der sechziger Jahre bis 1997 auf 74 zu 1 gestiegen ist. A. F.

Ungewisser Ausgang

Der Machtkampf der Albaner im Kosovo

In ihrem jahrelangen Kampf gegen die serbische Unterdrückung haben die Kosovoalbaner unterschiedliche Strategien verfolgt. Auch nach der Errichtung der UN-Übergangsverwaltung stehen sich im Kosovo zwei große politische Lager der Albaner gegenüber. Eine Einigung ist nicht in Sicht; ebensowenig ist derzeit der zukünftige Status der ehemals autonomen Region innerhalb Jugoslawiens geklärt.

Mit dem Einmarsch der internationalen Kosovo-Friedenstruppe (KFOR) am 12. Juni 1999 in die gleichnamige Provinz und der faktischen Übernahme der Regierungsgewalt durch die zivile UNO-Übergangsverwaltung (UNMIK) unter *Bernard Kouchner* haben die Kosovoalbaner eine erste wichtige Etappe in ihrem jahrelangen Kampf für eine von Jugoslawien unabhängige „*Republik Kosova*“ erzielt. Nicht erreicht wurde dagegen bislang eine Einigung zwischen den beiden großen politischen Lagern der Albaner, der gemäßigten „*Demokratischen Liga Kosovos*“ (LDK) unter *Ibrahim Rugova* und den radikalen Kräften um die „*Befreiungsarmee Kosovos*“ (UÇK),

die erbittert um die politische Vorherrschaft in der Provinz ringen. Alle politischen Kräfte der Kosovoalbaner sind sich jedoch in ihrer zentralen Forderung nach einer völligen Unabhängigkeit der ehemals autonomen jugoslawischen Provinz einig.

Doch während die LDK seit ihrer Gründung Ende 1989 Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele stets ablehnte („Gandhi-Kurs“), sahen vor allem linke Parteien und Organisationen in den vergangenen zwei Jahren in einem bewaffneten Kampf die einzige Möglichkeit, die staatliche Loslösung von Restjugoslawien zu forcieren. Bestärkt wurden

diese Organisationen durch die weitgehende Erfolglosigkeit der Politik des strikt gewaltfreien Widerstandes der LDK, die das selbst gesteckte Ziel einer Internationalisierung des Konfliktes zuvor nicht erreicht hatte. So war das Kosovo-Problem bei den Bosnien-Verhandlungen von 1995 (Dayton-Abkommen) als „internes Problem Serbiens“ ausgeklammert worden, um so dem damaligen serbischen Präsidenten *Milošević* die Zustimmung zu ermöglichen.

In Rambouillet waren drei politische Blöcke der Kosovoalbaner vertreten

Militärisch erlebte die UÇK im vergangenen Jahr gewaltige Höhen und Tiefen. So kontrollierte die Befreiungsarmee seit dem Frühjahr 1998 zunächst weite Teile der zentralkosovarischen Region Dreniça westlich der Provinzhauptstadt Prishtina. Mitte April griffen die Kämpfe schließlich auf die serbisch-albanische Grenzregion über, welche die UÇK nicht zuletzt mit Hilfe der lokalen Bevölkerung ebenfalls unter ihre Kontrolle brachte. Auf dem Höhepunkt ihres militärischen Erfolgs gelang es der UÇK im Frühsommer 1998, die beiden Gebiete durch einen Korridor miteinander zu verbinden. Einen ersten Rückschlag mußten die kosovarischen Untergrundkämpfer bereits Ende Juni hinnehmen, als serbische Sondereinheiten das nur wenige Tage zuvor besetzte Braunkohlekraftwerk Belacevac von den Kosovoalbanern zurückeroberten.

Den militärischen Wendepunkt zuungunsten der UÇK markierte schließlich am 22. Juli 1998 der gescheiterte Versuch, das im Nordwesten des Kosovo gelegene Orahovac einzunehmen. Vier Tage später begann die lang geplante serbische Gegenoffensive, die mit einer Zangenbewegung innerhalb weniger Tage die Befreiungsarmee zum Rückzug aus der Region Dreniça zwang. So fiel am 28. Juli 1998 der Marktflecken Malishevo in serbische Hände, in dem sich über mehrere Wochen lang das UÇK-Hauptquartier befunden hatte.

An den Kosovo-Friedensverhandlungen der internationalen Balkan-Kontaktgruppe im französischen Rambouillet und in Paris im Februar und März dieses Jahres nahmen von Seiten der Kosovoalbaner drei politische Blöcke teil, die nahezu das gesamte kosovarische Parteienspektrum abdecken. Die drei Lager hatten sich – nicht zuletzt auf internationalen Druck hin – bereits im Vorfeld der Gespräche mit jugoslawischen und serbischen Regierungsvertretern über eine friedliche Regelung des Konflikts auf die Bildung einer gemeinsamen Delegation verständigt.

Neben Spitzenrepräsentanten der LDK und der UÇK gehörten der Delegation auch vier Vertreter der „Vereinigten Demokratischen Bewegung“ (LBD) an. Unter dem Dach dieses im September 1998 in Prishtina gegründeten Parteienbündnisses hatten sich unter der Führung der „Albanischen Demo-

kratischen Bewegung“ (LDSH) sieben meist links von der LDK stehende kleinere kosovarische Parteien zusammenschlossen. Den Vorsitz des Parteienbündnisses übernahm der renommierte kosovarische Intellektuelle und Historiker *Rexhep Qosja*, der zuvor bereits zu den Gründungsinitiatoren der LDSH gehörte. Diese hatte sich im Februar 1998 auf dem 3. Parteitag der Demokratischen Liga Kosovos in Prishtina von der LDK abgespalten und vereinigte u. a. mehrere frühere LDK-Spitzenpolitiker, die sich mit dem autoritären Führungsstil Rugovas auf dem LDK-Parteitag unzufrieden gezeigt hatten.

Am letzten Tag der (gescheiterten) Friedensgespräche von Rambouillet am 23. Februar 1999 verständigten sich die Mitglieder der kosovarischen Verhandlungsdelegation intern auf die Bildung einer *gemeinsamen Übergangsregierung* für das Kosovo, die aus Vertretern aller drei erwähnten politischen Blöcke gebildet werden sollte. Entgegen der getroffenen Übereinkunft lehnte jedoch die LDK wenig später Gespräche zur Bildung der vereinbarten Übergangsregierung ab und verzichtete auf die Nominierung eigener Kandidaten für die für sie vorgesehenen vier Ministerposten sowie für das Amt eines stellvertretenden Ministerpräsidenten.

In der am 2. April gebildeten Übergangsregierung für das Kosovo mit Sitz zunächst im albanischen Tirana blieben daher die für die LDK vorgesehenen Ressorts unbesetzt. Zum Ministerpräsidenten wurde der Leiter der kosovarischen Verhandlungsdelegation bei den Friedensgesprächen von Rambouillet und Chef des „Politischen Direktoriums“ (Politische Abteilung) der UÇK, *Hashim Thaçi*, bestimmt. Die selbst ernannte Regierung setzte sich zunächst aus zehn Ministern zusammen, die der UÇK sowie dem Parteienbündnis LBD angehören.

Die Regierungsgämter wurden dabei gemäß der internen Übereinkunft von Rambouillet, die die gleichgewichtige Berücksichtigung aller drei politischen Lager vorsah, verteilt. Dazu zählt auch die Regelung, daß jedem Ressortchef je zwei stellvertretende Minister zugeordnet werden, die den jeweils beiden anderen politischen Blöcken angehören. Den der LBD zustehenden Posten eines stellvertretenden Regierungschefs vergab das Parteienbündnis an den Generalsekretär der LDSH, *Mehmet Hajrizi*. Auch die weiteren für die LBD vorgesehenen Regierungsgämter besetzte die Vereinigte Demokratische Bewegung mit Spitzenrepräsentanten aus den Reihen ihrer Mitgliedsparteien.

Die Vertreter der Befreiungsarmee in der Übergangsregierung hatten ihrerseits zuvor überwiegend Funktionen im „Politischen Direktorium“ der UÇK inne. Im Vergleich zu den militärischen Strukturen der Befreiungsarmee – diese hatte sich erstmals im April 1996 mit Bekenner schreiben an die Öffentlichkeit gewandt – hatte sich der politische Arm der UÇK erst relativ spät entwickelt. So benannte die Befreiungsarmee erst im August 1998 in einer ihrer „Politischen

Deklarationen“ sechs Personen, die die politische Vertretung der UÇK übernehmen sollten. Unter den genannten befand sich auch Hashim Thaçi, der später zum politischen Führer der UÇK avancierte.

Zwei weitere Monate sollten zudem vergehen, ehe Mitte Oktober 1998 die UÇK die Bildung einer sogenannten „Diplomatischen Vertretungsgruppe“ beschloß. Diese setzte sich zunächst ebenfalls aus sechs Personen zusammen. Die Mitglieder beider Gremien gehörten fast ausnahmslos der „*Volksbewegung Kosovas*“ (LPK) an bzw. standen dieser ältesten politischen Untergrundorganisation im Kosovo nahe. Die linksnationalistische LPK, von der 1993 die politische Initiative zur Gründung der UÇK ausging, war ihrerseits im Februar 1982 im deutschen Exil aus dem Zusammenschluß von vier bis dahin weitgehend eigenständig operierenden kosovarischen Untergrundorganisationen entstanden.

Bedingt durch die Weigerung der LDK, an der neuen Übergangsregierung Thaçi teilzunehmen, blieb die bisherige, weitgehend von der LDK dominierte kosovarische Exilregierung unter Ministerpräsident *Bujar Bukoshi* entgegen den Abmachungen weiter im Amt. Die bis in die sechziger und siebziger Jahre zurückreichende Spaltung der politischen Klasse des Kosovo erhielt so mit der parallelen Existenz zweier miteinander konkurrierender kosovarischer Regierungen eine neue Dimension: Im inneralbanischen Kampf um die politische Macht im Kosovo stehen sich dabei die führenden Köpfe der (ehemaligen) kosovarischen Elite, die in der ab 1974 weitgehend autonomen jugoslawischen Provinz Kosovo den Aufstieg in wichtige Staats- und Parteiämter schafften, und Vertreter jener politischen (Untergrund-) Organisationen gegenüber, die mehrheitlich seit etlichen Jahren (gewalt-sam) für ein unabhängiges Kosovo eintraten und dafür zum Teil langjährige Haftstrafen absaßen.

Das Kosovo im Zerfallsprozeß Jugoslawiens

Die Wurzeln der kosovarischen Exilregierung unter Bukoshi reichen bis zu Beginn der neunziger Jahre zurück. Im Zuge des Zerfallsprozesses Jugoslawiens hatten die Abgeordneten des bereits im März 1989 durch Belgrad entmachteten kosovarischen Provinzparlaments am 7. September 1990 die „*Republik Kosova*“ ausgerufen und eine Verfassung verabschiedet, die die bisherige autonome Provinz Kosovo zu einer gleichberechtigten Republik innerhalb der jugoslawischen Föderation umdefinierte.

Nachdem sich bei einem – von Serbien für illegal erklärten – Referendum Ende September 1991 die überwältigende Mehrheit (99,7 Prozent; Wahlbeteiligung: 87,01 Prozent) der kosovarischen Wähler für die Unabhängigkeit von Jugoslawien ausgesprochen hatte, proklamierten dieselben Abgeordneten im kroatischen Exil am 18. Oktober 1991 die souveräne „*Republik Kosova*“. Einen Tag später wählte das Exilparlament

den bisherigen Generalsekretär der LDK, Bujar Bukoshi, zum Ministerpräsidenten und bestätigte die von dem LDK-Gründungsmitglied gebildete Regierungsmannschaft. Diese setzte sich neben Bukoshi aus ebenfalls zehn Ministern zusammen, die der LDK sowie kleineren Koalitionsparteien angehörten bzw. nahestanden. Aus Sicherheitsgründen wurde die Identität der meisten Regierungsmitglieder nicht bekannt gegeben. Dies galt insbesondere für jene Minister, die ihre Tätigkeit im Kosovo ausübten und mit dieser Maßnahme vor Übergriffen der serbischen Machthaber geschützt werden sollten.

Doch weder die Exilregierung noch das am 24. Mai 1992 – überwiegend im Untergrund – neu gewählte kosovarische Parlament, dessen Konstituierung die serbischen Behörden verhindern konnten, vermochten in der Folge spürbaren Einfluß auf das Geschehen in Kosovo nehmen. Ihre Tätigkeit beschränkte sich in der politisch gleichgeschalteten Provinz weitgehend auf die *Schaffung eines albanischen Parallelstaates*, dessen wesentliche Elemente der Aufbau eines über Privatwohnungen organisierten Bildungs- und Gesundheitssystems war. Im Gegensatz zu den ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Makedonien blieb der „*Republik Kosova*“ zudem die internationale Anerkennung versagt.

Auch das benachbarte Albanien konnte sich nicht zu einer völkerrechtlich vollwertigen Anerkennung der Souveränität Kosovos durchringen. Lediglich das albanische Parlament anerkannte im Oktober 1991 die Unabhängigkeit Kosovos. Im Jahr 1992 verlagerte die kosovarische Exilregierung den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit schließlich von Kroatien nach Deutschland. Seit Mitte 1995 verfügte die „*Republik Kosova*“ darüber hinaus über eine offizielle Vertretung in Tirana, die neben Bonn zum zweiten Amtssitz der Exilregierung Bukoshi wurde.

Mit der Eskalation der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Kosovo im Frühjahr 1998 und dem rasanten Anwachsen der von der Untergrundorganisation LPK politisch dominierten UÇK bemühte sich die Regierung Bukoshi verstärkt um den Aufbau eigener militärischer Kräfte. Mit der in Konkurrenz zur UÇK von Albanien aus betriebenen Aufstellung entsprechender Einheiten unter der Bezeichnung FARK („*Bewaffnete Kräfte der Republik Kosova*“) wurde Bukoshis Verteidigungsminister *Ahmet Krasniqi* beauftragt. Der ehemalige Offizier konnte bei der Organisation des Vorhabens auf seine Kontakte zu ehemaligen Militärs albanischer Volkszugehörigkeit der alten jugoslawischen Volksarmee zurückgreifen. Von Beginn an litt das FARK-Projekt jedoch an seiner „Kopflastigkeit“: Ein Großteil des angeworbenen Personenkreises gehörte in der früheren jugoslawischen Volksarmee Offiziersrängen an. Dementsprechend machten Mannschaftsgrade in der FARK zahlenmäßig eine Minderheit aus.

Im Verlaufs des Sommers 1998 drangen zweimal FARK-Einheiten von Nordalbanien aus in das von der UÇK kontrollierte Gebiet vor und verlangten von den örtlichen UÇK-Kommandanten die Übergabe der Befehlsgewalt. In beiden Fällen handelte es sich um ein Trupp von knapp 100 Kämpfern, die jedoch bereits wenige Kilometer nach dem Grenzübertritt im Raum Tropoja von regulären UÇK-Einheiten aufgerieben und festgesetzt wurden.

Die Zerrissenheit der Kosovaren hat Auswirkungen auf Albanien

Nach den gescheiterten Bemühungen, militärisch in Kosovo Fuß zu fassen, änderte die Regierung Bukoshi ihre Strategie. So verzichtete die FARK auf eigene, von den Uniformen der UÇK abweichende Kampfanzüge und stattete ihre Soldaten statt dessen mit UÇK-Uniformen aus. Parallel dazu wurde politisch die Parole ausgegeben, daß die entsprechenden Einheiten Teil der *einen* UÇK seien. Doch auch den weiteren, in kleinerem Stil vorgenommenen Infiltrationsversuchen war kein großer Erfolg beschieden, da Bukoshis „UÇK-Kämpfer“ in den meisten Fällen von Einheiten der Befreiungsarmee, die politisch der mit Bukoshi und der LDK verfeindeten LPK nahestehen, enttarnt und entwaffnet wurden.

Einen herben Rückschlag erlitten die militärischen Bemühungen der kosovarischen Exilregierung schließlich durch den Anschlag auf Verteidigungsminister Krasniqi, der im September 1998 in Tirana auf offener Straße erschossen wurde. Über die Täter des tödlichen Attentats und ihre Hintergründe wurde zwar heftig spekuliert, doch blieben die genauen Umstände ungeklärt, da sich die UÇK von der Tat distanzierte. Auch die Untersuchungen der albanischen Ermittlungsbehörden blieben ohne Erfolg.

Der zum Nachfolger von Krasniqi ernannte neue Verteidigungsminister *Halil Bicaj* knüpfte an die Strategie seines ermordeten Vorgängers an und verzichtete ebenfalls politisch wie militärisch auf die Verwendung der früheren Bezeichnung FARK. Der Schwerpunkt der militärischen Aktivitäten der Exilregierung verlagerte sich in der Folge von Nordalbanien in die Umgebung der albanischen Hauptstadt. Mit Beginn des Jahres 1999 baute Bicaj ein ehemaliges Industriegelände in einem Vorort Tiranas zum militärischen und administrativen Zentrum von Bukoshis „UÇK“ aus. Auch das von Bicaj geleitete Verteidigungsministerium bezog auf dem früheren Industrieareal seine Räumlichkeiten.

Erst nach dem Einmarsch der internationalen Friedenstruppen am 12. Juni in das Kosovo geriet Bukoshis „UÇK“ (FARK) verstärkt in das Visier von Politikern und Medien in Tirana. So wurde in albanischen Zeitungen über die Existenz

von acht Trainingslagern der FARK mit insgesamt 600 Kämpfern in Tirana sowie in zwei weiteren Orten berichtet, die ohne Genehmigung der albanischen Regierung errichtet worden seien. Zudem hätten Angehörige Bukoshis „UÇK“ in einigen Vororten Tiranas Straßensperren aufgebaut, Passanten kontrolliert sowie albanische Staatsbürger mißhandelt. Als Konsequenz aus den Vorfällen beauftragte das albanische Innenministerium die Sicherheitskräfte des Landes mit der Feststellung der Personalien aller Soldaten in den verschiedenen FARK-Ausbildungslagern sowie mit der Kontrolle der Camps durch Polizeieinheiten.

In einer Übereinkunft zwischen der albanischen Regierung und dem Kommandanten der FARK wurde schließlich wenige Tage später der Abzug Bukoshis „UÇK“ in das Kosovo vereinbart, wobei die FARK sämtliche Waffen in Albanien zurücklassen mußte. Bei einer Durchsuchung des FARK-Ausbildungslager in Nordalbanien stieß die albanische Polizei dabei auf ein umfangreiches Waffenarsenal, das Anfang September 1998 aus einem Munitionsdepot der albanischen Armee in gestohlen worden war.

Nicht ohne Auswirkungen blieb die tiefe Zerrissenheit der politischen Führung der Kosovoalbaner auf das benachbarte Albanien, das von der Kosovokrise und dem immensen Flüchtlingsstrom wie kein anderes Land der Region betroffen war. So gelten die politischen Sympathien der sozialistischen Regierung unter Ministerpräsident *Pandeli Majko* der UÇK und der von ihr geführten Regierung *Thaçi*. Die beiden „Regierungschefs“ Majko und *Thaçi* verbindet nicht nur ihr Alter von Anfang 30, sondern über weite Strecken auch ihre gemeinsame politische Überzeugung sowie ihre frühere ideologische Sozialisation.

Das Verhältnis der regierenden albanischen Sozialisten zu Bukoshis Exilregierung ist dagegen nicht erst seit dem gescheiterten Putschversuch vom 14. September 1998 in Tirana gespannt. Die angebliche Verwicklung von FARK-Angehörigen in die gewaltsamen Auseinandersetzungen in der albanischen Hauptstadt, die sich an der Ermordung des Gründungsvorsitzenden der oppositionellen Demokratischen Partei, *Azem Hajdari*, wenige Tage zuvor entzündet hatten, konnten zwar nie bewiesen werden, belasten jedoch das beiderseitige Verhältnis nachhaltig.

Auf die Unterstützung der Demokratischen Partei des früheren Staatschefs *Sali Berisha* kann dagegen die LDK mit ihrem Präsidenten *Rugova* zählen, dem die Demokraten auch zu Zeiten seines Hausarrests in Prishtina während der NATO-Luftschläge gegen Jugoslawien politisch die Treue hielten. Auch bei dieser Allianz dürften gemeinsame politische Überzeugungen sowie die Zugehörigkeit *Berishas*, *Rugovas* sowie *Bukoshis* zur selben Generation eine bedeutende Rolle spielen.

Nach dem Abkommen vom 21. Juni zwischen KFOR-Kommandant *Michael Jackson* und UÇK-Ministerpräsident *Thaçi*, das die schrittweise Entmilitarisierung und Entwaffnung der

Befreiungsarmee innerhalb von 90 Tagen bis zum 19. September 1999 vorsah, zeichnet sich das weitere Schicksal der Befreiungsarmee derzeit lediglich in Konturen ab. Während die internationale Staatengemeinschaft die vollständige Auflösung zumindest der militärischen Formationen der UÇK verlangt, hält die Regierung Thaçi hartnäckig an ihren Plänen zur Transformation größerer Teile der Befreiungsarmee in eine reguläre Armee des Kosovo unter der Abkürzung UK fest. Ein weiterer Teil der UÇK soll darüber hinaus den Kern einer zukünftigen kosovarischen Polizei bilden. Da die UNO-Übergangsverwaltung für das Kosovo jedoch eigene Ausbildungslehrgänge für eine Polizeitruppe durchführt, sind auch in dieser Hinsicht Konflikte mit der Befreiungsarmee programmiert.

Die politische Abteilung der UÇK soll nach den Vorstellungen der Regierung Thaçi in eine *politische Partei* überführt werden. Offen ist allerdings die Frage, ob es dabei zu einer Verschmelzung mit der LPK-Nachfolgeorganisation „*Partei der demokratischen Einheit*“ (PBD) kommen oder ob der politische Flügel der Befreiungsarmee in einer eigenen Partei aufgehen wird. Die Untergrundorganisation LPK, die die UÇK bislang politisch dominierte, hatte sich Ende Juni aufgelöst und die Umwandlung in eine reguläre Partei beschlossen. Diese wurde Anfang Juli als PBD gegründet. Nachdem sich schon in der jüngsten Vergangenheit Interessensgegensätze zwischen der LPK-Führung und jenen LPK-Funktionären, die innerhalb der UÇK politische (Regierungs-) Ämter übernommen hatten, abzeichneten, ist diese Frage für die zukünftige politische Landschaft im Kosovo von zentraler Bedeutung.

Ein Verbleib im jugoslawischen Staatsverband ist unwahrscheinlich

Ebenfalls ungeklärt ist der spätere politische Status der Provinz. In seiner Resolution 1244 vom 10. Juni beauftragte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen UNO-Generalsekretär *Kofi Annan*, eine internationale zivile Übergangsverwaltung für das Kosovo einzusetzen, die den Bewohnern der Provinz „innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien“ Autonomie sichern solle. Einen Tag zuvor war Jugoslawien in einem Abkommen zwischen der NATO und Belgrad, das den vollständigen Rückzug sämtlicher jugoslawischer Einheiten aus dem Kosovo regelte, die spätere Rückkehr eines begrenzten Kontingentes von eigenen Sicherheitskräften zum Schutz seiner Außengrenzen zugesichert worden. Ein konkreter Termin für die Rückkehr wurde allerdings bislang nicht vereinbart.

Ein Verbleib des Kosovo im jugoslawischen Staatsverband (Serbien und Montenegro) gilt jedoch unter Beobachtern langfristig als eher unwahrscheinlich. Zu tief sitzt der Haß zwischen Albanern und Serben, als daß in der nahen Zukunft

ein friedliches Miteinander der beiden Volksgruppen möglich scheint. So kann die Einführung der Deutschen Mark als offizielle Währung der Provinz durch die UNMIK am 3. September durchaus als erster Schritt einer Herauslösung des Kosovo aus der Bundesrepublik Jugoslawien verstanden werden.

Von den einst gut 200 000 Serben der Provinz haben seit dem Einmarsch der NATO etwa die Hälfte die Provinz aus Angst vor Rache und Vergeltung für die jahrelange massive Unterdrückung der Albaner und ihrer Vertreibung durch Belgrad während der NATO-Luftangriffe verlassen. Genauere Angaben über die Größenordnung der einzelnen Volksgruppen im Kosovo werden von einer Volkszählung erwartet, die die UNMIK für Oktober dieses Jahres angekündigt hat. Wenig Aussichten auf Erfolg werden auch den Forderungen des Vorsitzenden der serbischen Widerstandsbewegung im Kosovo, *Momčilo Trajković*, nach Aufteilung des Kosovo in geschlossene Siedlungskantone für Serben und Albaner eingeräumt.

Auch der Großteil der kosovarischen *Roma* ist aus der Provinz inzwischen geflüchtet. Die Albaner beschuldigen die Mehrheit der Roma der Kollaboration mit den Serben und werfen der Volksgruppe eine Beteiligung an verschiedenen Massakern vor. Hingegen sind bis Ende August von den über 800 000 vertriebenen und geflüchteten Albanern 761 000 aus Makedonien, Albanien und – in weit geringerem Umfang – aus zahlreichen weiteren europäischen Staaten in ihre Heimat zurückgekehrt.

Eine Vereinigung des Kosovo mit Albanien steht derzeit nicht auf der politischen Tagesordnung. Dieses Ziel haben sich vor allem die beiden kleineren kosovarischen Untergrundorganisationen LKÇK („*Nationale Bewegung für die Befreiung Kosovas*“) sowie PRSH („*Albanisch Revolutionäre Partei*“) auf die Fahnen geschrieben, die ein „ethnisches Albanien“ (Großalbanien) anstreben. Beide Organisationen bezeichnen zudem im Unterschied zum hiesigen Sprachgebrauch den gesamten autochthonen albanischen Siedlungsraum in Ex-Jugoslawien als „Kosova“, der nach dieser Sprachregelung auch Gebiete in Westmakedonien, Montenegro und Südserbien umfaßt. Während die LKÇK Ende Juli diesen Jahres den Eintritt in die von der UÇK dominierte Übergangsregierung Thaçi sowie ihre Umwandlung in eine legale Organisation beschloß, hält die PRSH weiterhin an ihrem Status als Untergrundorganisation fest. Die zwischen der KFOR und der UÇK vereinbarte Entwaffnung und Demilitarisierung der Befreiungsarmee lehnt die PRSH grundsätzlich ab.

Auch nach der Übernahme der politischen Kontrolle des Kosovo durch die UNO bleibt die „albanische Frage“, der Konflikt um die außerhalb Albaniens liegenden albanischen Siedlungsgebiete (vgl. HK, Mai 1998, 250 ff.), als eines der letzten großen Probleme auf dem Balkan vorerst ungelöst.

Stephan Lipsius